



Welche Logik verfolgt die Europäische Zentralbank?

Autor : Jean-Paul Betbèze



Die Europäische Zentralbank (EZB) "hält den Euro zusammen" und der Euro "hält die Eurozone zusammen". Es soll damit ein Weg aus der Finanzkrise gefunden werden, bei der es sich genau genommen eher um einen tiefgreifenden wirtschaftlichen Umbruch handelt. Um Erfolg zu haben, muss die EZB mit einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten fertig werden, die viel komplexer sind als jene, mit denen die amerikanische Federal Reserve (FED) zu kämpfen hat. Auch die Gesamtsituation ist weitaus ernster. Die EZB verdient deshalb eine gewisse Wertschätzung. Jean-Paul Betbèze analysiert

in diesem Beitrag die Strategie, mit der die EZB die Finanzkrise beenden will.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Immigration **Wahlen** : Finnland **Stiftung** : Schuman-Bericht - Identität **Finanzkrise** : IWF - G20 - Deutschland - Zypern - Frankreich - Griechenland **Kommission** : Google - Versorgung - Windkraft - Tunesien **Parlament** : Armenien **Rat der Europäischen Union** : Immigration - Landwirtschaft/Fischfang - Energie **Diplomatie** : Rat - G7 **EZB** : Gouverneursrat **Europäische Agenturen** : Nachbarschaft - Kosovo **Deutschland** : Indien **Bulgarien** : Frankreich **Spanien** : EU **Italien** : USA - Anti-Terrorismus **Polen** : Wahlen **Großbritannien** : Schengen - Wahlen **Ukraine** : Russland **Island** : Frankreich **Schweiz** : Frankreich **Europarat** : Ukraine - Menschenhandel **WTO** : Handel **Eurostat** : Handel - Inflation - Jugend **Berichte / Studien** : EFTA - Beschäftigung - Brexit **Veröffentlichungen** : Gründungsväter **Kultur** : Ausstellung/Paris - Marignano - Kunst/Brüssel - Ausstellung/Rouen - Kino/Festival - Literatur

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Herausforderung der illegalen Einwanderung im Mittelmeer



Letzte Woche hat die Stiftung eine Studie ihres Präsidenten über die Herausforderung der illegalen Einwanderung im Mittelmeer veröffentlicht. Die aktuellen Ereignisse erinnern uns traurigerweise noch einmal daran, wie dringlich diese Frage ist. Protestbewegungen allerorts fordern die Regierungen und die europäischen Institutionen zum Handeln auf. Einfache Lösungen florieren: Sie richten sich gegen das Schengen Abkommen, die Ineffizienz von nationalen oder europäischen Politiken, die Realität ist aber viel komplexer. Europa ist mit einer ernststen Herausforderung konfrontiert, die es nur auf lange Sicht wird lösen können. Es braucht Ausdauer und Mut, aber sicherlich keine einfachen Slogans... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Zentrumspartei gewinnt Parlamentswahlen in Finnland

Die Zentrumspartei (KESK) von Juhani Sipilä hat die Parlamentswahlen in Finnland am 19. April mit 21,1% der Stimmen und 49 von 200



Sitzen im Eduskunta/Riksdag gewonnen. Die populistische Partei der Wahren Finnen (PS) von Timo Soini belegte den zweiten Platz mit 38 Sitzen und 17,6% der Stimmen. Die Nationale Sammlungspartei (KOK) des scheidenden Premierministers Alexander Stubb folgte mit 18,3% und 37 Abgeordnetenmandaten. Die Sozialdemokratische Partei (SPD) kam auf Platz 4, beziehungsweise 16,5% und 34 Sitze. Die Grünen (VIHR) erhielten 8,5% und 15 Parlamentssitze; die Linksallianz (SKL) wählten 3,5% der Finnen, sie stellt 5 Abgeordnete. Die Wahlbeteiligung stieg verglichen mit 2011 um 2,7 Punkte auf 70,1%... [Fortsetzung](#)

Stiftung :

Schuman-Bericht über den Zustand Europas



Die 6. Ausgabe des Schuman-Berichts ist erschienen und in Brüssel präsentiert worden. Der Bericht ermöglicht es aktuelle Fragen besser zu verstehen, wie zum Beispiel die Stärkung der Eurozone, Wachstum und Beschäftigung, Investitionen, Energieunion, Einwanderung, Terrorismus, Herausforderungen und Defizite der Sicherheit im Osten und Süden Europas und transatlantische Fragen etc. Viele hochrangige Persönlichkeiten, wie etwa Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, oder ausgewiesene Experten (Angelino Alfano, Joachim Bitterlich, Michel Derdevet, Nicole Gnesotto, Mathilde Lemoine, Anand Menon, Jean-Claude Piris, Robin Niblett, Daniela Schwarzer, etc.) kommen darin zu Wort. Der Schuman-Bericht ist im Buchhandel oder als Online-Version auf der Website der Stiftung verfügbar... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Internationale Konferenz "Dialog und Identität"



Jean-Dominique Giuliani, der Präsident der Robert Schuman Stiftung wird am 24. April an der internationalen Konferenz "Dialogue and Identity" (Dialog und Identität) in Budapest teilnehmen, die von der ungarischen Nationalversammlung und dem ungarischen Justizministerium organisiert wird. Er wird dort über das Thema "Die Realität der europäischen Identität" sprechen. Anne Levade, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Stiftung wird am 23 April mit einem Beitrag über "Die Rolle von Werten, Traditionen und Verfassungsprinzipien bei der Herausbildung einer Verfassungsidentität" an der Konferenz mitwirken... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

IWF veröffentlicht seine Frühjahrsprognosen für die Weltwirtschaft



Der Internationale Währungsfond (IWF) hat am 14. April 2015 vor seiner Frühjahrssitzung vom 17. bis zum 19. April seine Wirtschaftsprognosen für das weltweite Wachstum veröffentlicht. Es besteht Anlass zur Hoffnung, in Europa und Japan gibt es Anzeichen für einen Aufschwung, einzig die Perspektiven für die USA haben sich ein wenig eingetrübt. Der IWF sagt für die Welt als Ganzes ein Wachstum von 3,5% für 2015 und von 3,8% für 2016 voraus, was eine leichte Verbesserung gegenüber den Prognosen des vergangenen Januars darstellt. Auch für die Eurozone korrigierte der IWF seine Vorhersage nach oben: In diesem Jahr soll die Wirtschaft um 1,5% wachsen, im nächsten Jahr um 1,6%. Ursache dafür ist das Vorgehen der Europäischen Zentralbank und der schwache Ölpreis, obgleich die Erholung noch sehr fragil ist... [Fortsetzung](#)

Treffen der G20 Finanzminister



Die Finanzminister der G20 sind am 17. April in Washington zusammengekommen. Im Rahmen dieses Treffens wiesen die 20 Minister auf die Herausforderungen für die Weltwirtschaft hin, die sich durch volatile Wechselkurse, eine andauernd schwache Inflation, interne und externe Ungleichgewichte sowie geopolitische Spannungen ergeben. Die griechische Situation wurde nicht in der Abschlusserklärung erwähnt, aber in bilateralen Gesprächen angesprochen. Das nächste Treffen der G20 Finanzminister wird kommenden September in Antalya stattfinden... [Fortsetzung](#)

Bericht der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute

Die großen deutschen Konjunkturforschungsinstitute (IWH, Ifo, DIW, RWI) haben am 16. April ihre Wachstumsprognosen für Deutschland revidiert. Für 2015 wurden nun 2,1% gegenüber den vormals



geschätzten 1,2% angekündigt. Für das Jahr 2016 wird ein Wachstum von 1,8% des BIPs prognostiziert. Die Änderungen lassen sich durch die Abwertung des Euros, den Preissturz beim Öl und die gestiegene Konsumentennachfrage in Europa und Deutschland erklären. Die Beschäftigungsquote ist so hoch wie noch nie in Deutschland, so dürfte die Zahl der Arbeitnehmer den Rekordstand von 43 Millionen erreichen. Auch um die Exporte, eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft, steht es gut. Einzig in Spekulationsblasen auf den Finanzmärkten verursacht durch den geldpolitischen Lockerungskurs der Europäischen Zentralbank (EZB) sehen die Institute ein Risiko. Die Prognose erlauben es der deutschen Regierung eine gute Einschätzung über die Wirtschaftslage zu treffen... [Fortsetzung](#)

Zypern verabschiedet Gesetz zur Pfändung von Immobilien



Das zypriotische Parlament hat am 18. April mit 33 zu 56 Stimmen ein Gesetz zur Pfändung von Immobilien verabschiedet, das von internationalen Geldgebern als Voraussetzung für die Freigabe einer neuen Hilfstranche über 86 Millionen Euro an die Insel gefordert worden war. Das Gesetz war seit Dezember von den Abgeordneten blockiert worden. Diese hatten einen besseren Schutz für Privatpersonen im Falle von Insolvenz gefordert. Nach Wochen erregter Debatten und Hinhaltenmanövern ist der Gesetzestext nun angenommen worden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Der französische Finanzminister stellt das Stabilisierungsprogramm für den Haushalt vor



Der französische Finanzminister Michel Sapin hat am 15. April das Stabilisierungsprogramm für den Haushalt 2015-2018 vorgestellt. Das Programm enthält die großen Linien der Finanzstrategie für die Jahre 2015-2018 im Rahmen des europäischen Semesters. Wichtig ist es deshalb, weil die europäische Kommission erwartet, dass Frankreich Reformen unternimmt, die dafür sorgen, dass die Neuverschuldung 2017 nicht mehr als 3% des BIPs beträgt. Zu diesem Zweck verpflichtet sich die französische Regierung auch dazu 4 Milliarden € 2014 einzusparen und 2016 zusätzliche Einsparungen von 5 Milliarden vorzunehmen. Die Anstrengungen werden von allen Ressorts gestemmt und gleichmäßig verteilt... [Fortsetzung](#)

Griechenland: Finanztransfers von öffentlichen Körperschaften zum Staat



Als Folge der Diskussion zwischen Griechenland und der Brüssel-Gruppe und in Anbetracht einer informellen Zusammenkunft der Eurogruppe am 24. April hat Griechenland am 20. April beschlossen, öffentliche Organisationen und lokale Behörden darum zu bitten ihre Rücklagen der nationalen Zentralbank zur Verfügung zu stellen. Ursache dafür ist die schwierige Finanzlage des Landes. Die Gläubiger Griechenlands hatten Reformen gefordert, um die letzte Tranche des Hilfspakets über 7,2 Milliarden Euro auszuführen. Mit der jetzigen Notfallmaßnahme hofft Athen 3 Milliarden Euro aufbringen zu können, um den Finanzierungsbedarf in den nächsten 15 Tagen zu decken. Diese "dringend" benötigten Mittel sind in einem Text festgehalten: "1,1 Milliarde Euro für Löhne, 850 Millionen für die Sozialversicherungskassen, 200 Millionen für Zinsen auf Darlehen und am 12 Mai eine Rückzahlung von 746 Milliarden an den IWF"... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Kommission wirft Google Verletzung der europäischen Wettbewerbsregeln vor



Die Europäische Kommission hat am 15. April einen Vorstoß gegen Google unternommen. Sie wirft dem amerikanischen Unternehmen vor seine dominante Markstellung bei Internetsuchdiensten zu missbrauchen. In den Jahren zuvor hatte die Kommission noch versöhnliche Töne angeschlagen. Jetzt eröffnet sie eine Untersuchung, die klären soll, ob Google die europäischen Wettbewerbsregeln mit seinem Betriebssystem Android verletzt. Die Kommission wirft dem Unternehmen außerdem vor seine eigenen Preisvergleichsdienste systematisch zu bevorzugen, zum Schaden anderer Unternehmen. Google hat nun zwei Monate Zeit seine Verteidigung vorzubereiten, bevor es zu einer Anhörung kommen könnte. Eine finale Entscheidung, die Google auch Strafen auferlegen könnte, wird frühesten für Ende 2015 erwartet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Start einer Online-Konsultation zu den Herausforderungen für die

Lebensmittelversorgung



Die Europäische Kommission hat eine Online-Konsultation zum Thema der Nahrungsmittelsicherheit gestartet, die die diesjährige Weltausstellung in Mailand "Den Planeten ernähren, Energie für das Leben" vorbereiten soll. Es geht dabei darum, wie Wissenschaft und Innovation der EU dabei helfen können, die weltweite Versorgung mit genügend sicheren, nahrhaften und nachhaltigen Nahrungsmitteln gewährleisten zu können. Die Online-Konsultation wird auch die Debatte über eine Forschungsagenda befeuern, mit der man auf die Herausforderungen reagieren will (öffentliche Gesundheit, Ernährung, Reduktion von Verschwendung und Nahrungsmittelsicherheit). Tibor Navracsics, der zuständige Europäische Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, hat an die wichtige Rolle erinnert, die die Europäische Union im Kampf für einen dauerhaften Zugang zu Nahrungsmitteln weltweit innehat... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kommission genehmigt Förderung von 20 Offshore-Windparks in Deutschland



Die Europäische Kommission hat am 16. April einem Projekt der deutschen Regierung für den Bau von 20 Windparks am Meer zugestimmt. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass das Vorhaben die Energie- und Umweltziele der Union fördern wird, ohne den Wettbewerb im Binnenmarkt übermäßig zu verzerren. 17 Windparks sind in der Nordsee und drei in der Ostsee vorgesehen. Sie sollen von 2019 an jährlich insgesamt 28 Terawattstunden Strom erzeugen... [Fortsetzung](#)

Kommission stellt 100 Millionen Euro für Tunesien zur Verfügung



Die Kommission hat einer Makro-Finanzhilfe über 100 Millionen Euro in der Form von Darlehen an Tunesien am 15. April zugestimmt. Die Summe stellt die erste Tranche des im Mai 2014 verabschiedeten Hilfsprogramms für Tunesien dar. Seit 2011 wurden dem Land bereits mehr als 800 Millionen € in der Form von Subventionen und Darlehen durch die Europäische Investitionsbank gewährt... [Fortsetzung](#)

Parlament :

EU Parlament: Gedenken an den Genozid an Roma und Armeniern



Die europäischen Abgeordneten haben am 15. April in Brüssel eine Resolution verabschiedet, die Armenien und die Türkei dazu aufruft, ihre bilateralen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen, ihre Grenzen zu öffnen und die wirtschaftliche Integration zu erleichtern. Anlass war der 100. Jahrestag des Genozids an den Armeniern, der 1,5 Millionen Todesopfer gefordert hatte. In einer weiteren Resolution machten die Abgeordneten den 2. August zum Gedenktag des Holocausts an den Roma. Ebenso soll Diskriminierung und Hassreden gegen Roma ein Ende bereitet werden. Mehr als 500.000 Roma wurden im Laufe des Zweiten Weltkriegs ermordet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat der Europäischen Union :

10 Sofortmaßnahmen, um ein erneutes Flüchtlingsdrama zu verhindern



Die Europäische Union hat am 20. April zehn "Sofortmaßnahmen" vorgeschlagen, um auf die "Flüchtlingskrise" im Mittelmeer zu reagieren. Sie schließen die Stärkung von Überwachungs- und Rettungsoperationen ein, nachdem es zu einer Serie von tödlichen Schiffsbrüchen gekommen war. "Wir müssen direkte, praktische und substantielle Maßnahmen ergreifen. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird die Krise in den kommenden Monaten weiter eskalieren", sagte der verantwortliche EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos bei der Vorstellung des Aktionsplans. Der Plan wurde "vollumfassend" von den Außen- und Innenministern der EU bei einem Treffen in Luxemburg unterstützt. Er soll den Staats- Regierungschefs der EU am 23. April auf einer außerordentlichen Sitzung des Europäischen Rates vorgelegt werden... [Fortsetzung](#)

Schlussfolgerungen des Rates für Landwirtschaft und Fischerei



Die 28 Europäischen Landwirtschaftsminister haben sich am 20. April in Luxemburg getroffen. Ein Mehrjahresplan für die Ostsee wurde besprochen, um den Fang von Hering, Kabeljau und Sprotte so zu regeln, dass der Fischbestand nicht nachhaltig geschädigt wird. Der neue Plan, der auf Auswirkungen für die Umwelt, Biodiversität und Fischfang in gleichem Maße eingeht, ist ein Lackmustest für die Ausarbeitung des

Mehrjahresplans. Die Minister verabschiedeten des Weiteren ein Positionspapier für das vom 4. bis zum 15. Mai in New York stattfindende Forum der Vereinten Nationen zum weltweiten Waldbestand. Sie wollen sich "zugunsten des Waldbestands und für ein nachhaltiges Management" im Rahmen des Vertrages zu den post-2015 Entwicklungszielen einsetzen... [Fortsetzung](#)

Informelles Treffen der Energie- und Umweltminister in Riga



Die 28 europäischen Energie- und Umweltminister sowie der EU Kommissar für Klima und Energie, Miguel Arias Cañete, sind vom 14. bis zum 16. April in Riga zusammengekommen. Die Europäische Union bereitet gerade Notfallpläne vor, um ihre Energiesicherheit unter allen Umständen zu garantieren. Man sprach über die Notwendigkeit eine europäische Strategie für Heizung und Kühlung sowie die regionale Kooperation auszuarbeiten. Nur so könne man auch eine Energieunion auf den Weg bringen. Bei Zielen der Strategie für die Biodiversität der Europäischen Union erreichten die Minister Fortschritte. Zentraler Bestandteil dieser Strategie ist es Biodiversität und wirtschaftliche Entwicklung eng miteinander zu verbinden, etwa mithilfe der von der EU neu geschaffenen Fazilität für Naturkapital (Natural Capital Financing Facility – NCFF)... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Schlussfolgerungen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten



Die 20 Europäischen Außenminister haben bei ihrem Treffen in Luxemburg am 20. April Schlussfolgerungen zu Libyen, dem Jemen, dem Schutz der Konsulate und der Nachbarschaftspolitik verabschiedet. Sie stimmten auch dem Aktionsplan 2015-2020 für die Sahelzone zu. Vor allem hielt man aber eine außerordentliche Sitzung mit den Amtskollegen des Innenressorts ab, um die Frage der Flüchtlingsströme im Mittelmeer zu diskutieren. 10 Sofortmaßnahmen wurden ausgearbeitet, "um auf die Krise im Mittelmeerraum zu reagieren". "Wir müssen direkte, praktische und substantielle Maßnahmen ergreifen. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird die Krise in den kommenden Monaten weiter eskalieren", sagte der verantwortliche EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. Der Aktionsplan soll den Staats- Regierungschefs der EU am 23. April auf einer außerordentlichen Sitzung des Europäischen Rates vorgelegt werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Zusammenkunft der G7 Außenminister in Lübeck



Die Außenminister der G7 Länder sind am 14. und 15. April in Lübeck zusammengekommen, um über die großen geopolitischen Probleme weltweit zu diskutieren. Die französischen und deutschen Minister informierten ihre Amtskollegen über die Situation in der Ukraine, wie sie sich nach dem Treffen des "Normandie"-Formats am 13. April gezeigt hatte. Die vollständige Umsetzung des Protokolls von Minsk II ist eine Voraussetzung für die Rückkehr Russlands in den Gesprächskreis der G8. Im Hinblick auf den Mittleren Osten erklärten die Minister, dass eine politische Lösung angestrebt werden müsse, um die Konflikte im Irak, Syrien, Libyen und dem Jemen zu lösen. Auch das iranische Atomprogramm war ein großes Thema des Treffens. Die Minister erklärten, dass sie einen diplomatischen Ausweg aus der Krise finden wollen und das Embargo beenden wollen: "Ein Iran ohne nukleare Waffen bleibt aber das Ziel". Schlussendlich sprach man auch noch über maritime Sicherheit. Die "Lübecker Erklärung" enthält eine gemeinsame Agenda für Sicherheit und die Vorbeugung von Konflikten... [Fortsetzung](#)

EZB :

Gouverneursrat der EZB



Die Gouverneure der Europäischen Zentralbank haben auf ihrer Zusammenkunft am 15. April beschlossen, den Zinssatz für Refinanzierungsgeschäfte auf dem historisch niedrigen Niveau von 0,05% zu belassen. Die Zinssätze für Darlehen und Depoteinlagen bleiben unverändert bei 0,30% und 0,20%. Mario Draghi, der Präsident der EZB, hält damit an seinem Ziel fest die Inflation wieder schnellst möglich nahe an die 2% Marke heranzuführen. Er bekräftigte auch an den "Quantitative Easing" Maßnahmen (60 Milliarden Euro pro Monat) so lange festhalten zu wollen, bis diese die gewünschten Effekte erzielen: Senkung der Finanzierungskosten für Finanzmärkte und den Privatsektor und eine gesteigerte Nachfrage der privaten Haushalte. Angesicht positiver Aussichten zeigte sich Draghi optimistisch, einzig eine Aufschiebung der strukturellen Reformen könne den Aufschwung dämpfen... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :**Treffen zur Europäischen Nachbarschaftspolitik im südlichen Mittelmeerraum**

Am 13. April hat eine ministerielle Zusammenkunft unter der Leitung der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini in Barcelona stattgefunden, die sich mit der südlichen Nachbarschaftspolitik der EU beschäftigte. Sie brachte Johannes Hahn, den Europäischen Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterung, die 28 Mitgliedsländer der Europäischen Union und die acht Partnerländer des südlichen Mittelmeerraums (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marroco, die Palästinensische Autonomiebehörde und Tunesien) zusammen. Mogherini appellierte an eine bessere Kooperation in Sicherheitsangelegenheiten, beim Kampf gegen den Terrorismus und den Herausforderungen durch Flüchtlingsströme. Das Immigrationsthema steht auch auf der Tagesordnung der nächsten Ratssitzung für Auswärtige Angelegenheiten... [Fortsetzung](#)

Bericht zur EULEX Mission im Kosovo

Der französische Anwalt Jean-Paul Jacqué hat am 14. April einen Bericht zur EULEX Mission im Kosovo an Federica Mogherini übermittelt. Erklärtes Ziel von EULEX ist es den Rechtsstaat im Kosovo zu fördern, 2014 waren aber Korruptionsvorwürfe gegen die leitenden Beamten der Mission erhoben worden. Der Bericht erklärt, dass die seit 7 Jahre andauernde EULEX Mission reformiert werden muss, weil sie bisher zu wenig konkrete Ergebnisse gezeigt hat. Nichtsdestotrotz zeichnete Jacqué ein nuancierteres Bild von Maria Bamieh, der Verwaltungsbeamten, die im Mittelpunkt der Enthüllungen steht... [Fortsetzung](#)

Deutschland :**Besuch des indischen Premierministers in Deutschland**

Narendra Modi, der indische Premierminister war vom 12. bis zum 14. April zu Gast in Deutschland. Er traf dort die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ihre Diskussionen drehten sich größtenteils um die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Modi erklärte, dass sich die Wirtschaft beider Länder optimal ergänzte. Die deutsche Ingenieurwissenschaft und Erfahrung in Sachen nachhaltiger Entwicklung sowie industrieller Innovation würden im Verbund mit indischen Initiativen auf dem Gebiet der Digitalwirtschaft neue Möglichkeiten eröffnen. Beide Regierungschefs bekräftigten ihren Willen die "strategische Partnerschaft" auf verschiedenen Gebieten wie der Industrie, Wissenschaft und den erneuerbaren Energien vorantreiben zu wollen. Außerdem diskutierte man internationale Fragen, wie den Kampf gegen den Terrorismus und die Situation in Afghanistan. Die deutsche Kanzlerin sagte Indien auch ihre Unterstützung bei den Verhandlungen für einen Freihandelsvertrag mit der Europäischen Union zu... [Fortsetzung](#)

Bulgarien :**Der bulgarische Premierminister auf offiziellem Besuch in Frankreich**

Der bulgarische Premierminister Boiko Borissov ist am 14. April nach Paris gekommen, um dort den französischen Präsidenten François Hollande und Premierminister Manuel Valls zu treffen. Er nutzte die Gelegenheit auch dazu, um die Ausstellung "Die Epoche der thrakischen Könige - Archäologische Entdeckungen in Bulgarien" im Louvre Museum zu eröffnen, die Werke aus 17 bulgarischen Museen ausstellt... [Fortsetzung](#)

Spanien :**Besuch des Spanischen Königs in Brüssel**

Der spanische König Felipe VI hat am 15. April die europäischen Institutionen - das Parlament, die Kommission und den Rat - in Brüssel besucht. In Begleitung des spanischen Außenministers José Manuel García-Margallo wurde der König von dem Präsidenten des Europaparlaments Martin Schulz und den Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk und der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker empfangen. Er nutzte seinen Aufenthalt auch dazu sich mit den Vorsitzenden der Parteien im Europaparlament, den spanischen Abgeordneten und den Kommissaren auszutauschen... [Fortsetzung](#)

Italien :

Besuch des italienischen Premierministers in den USA



Der italienische Premierminister Matteo Renzi ist am 17. April für einen offiziellen Staatsbesuch in die USA gekommen. Er traf dort den amerikanischen Präsidenten Barack Obama. Ihr Gespräch drehte sich vor allem um zwei Punkte: Sicherheitsfragen - insbesondere nach dem Schiffsbruch von 700 Migranten im Mittelmeer - und die Verhandlungen über den Freihandels- und Investitionsvertrag (TTIP). Beide Regierungschefs diskutierten auch über die Verbindungen, die ihre beiden Länder einen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Zustimmung zu Antiterrorismus-Maßnahmen in Italien



Mit 161 Stimmen, bei 108 Gegenstimmen und einer Enthaltung, hat der italienische Senat der Regierung am 15. April dem geplanten Anti-Terrorismusgesetz sein definitives Vertrauen ausgesprochen. Von der Abgeordnetenkammer war es bereits am 31. März gebilligt worden. Die Anti-Terrormaßnahmen werden nun in Kraft treten... [Fortsetzung](#)

Polen :

Bilanz des polnischen Präsidenten



Die Amtszeit des polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski, der 2010 gewählt wurde, neigt sich dem Ende zu. Die nächsten Präsidentschaftswahlen werden am 10. Mai abgehalten, wo auch Komorowski erneut als Kandidat antritt. In einer Rede hat er nun seine fünf Jahre an der Spitze des Landes Revue passieren lassen. Er erklärte, wie wichtig es für ihn gewesen sei sich in die Debatte sowie den politischen und legislativen Prozess einzubringen: "Dialog ist die Basis, auf der sich Harmonie in einer Gesellschaft herstellen lässt". Hinsichtlich der Demokratisierung und internationalen Ausrichtung Polens erinnerte er an die 270 Treffen, die während seiner Amtszeit in Polen abgehalten wurden sowie den nächste NATO-Gipfel 2016, der ebenso in Warschau stattfinden wird... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Schengen Informationszentrum startet in Großbritannien



Das Schengen Informationssystem (SIS) schließt seit dem 13. April 2015 auch Großbritannien ein. Das SIS, dem 25 Mitgliedsländer der EU sowie 4 Partnerländer angehören, ist ein wichtiges Element bei der Kooperation der nationalen Behörden im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität. Die Eingliederung Großbritanniens, die auf der Ratssitzung vom 13. Februar bewerkstelligt wurde, erforderte umfangreiche Anpassungsarbeiten in den teilnehmenden Mitgliedsstaaten und bei eu-LISA - der Agentur, die mit dem operationellem Management beauftragt ist. Als Nicht-Mitglied des Schengen-Raums wird Großbritannien das SIS nur für die Kooperation bei der Polizei- und Justizarbeit und nicht bei der Grenzsicherung nutzen... [Fortsetzung](#)

Neue TV-Debatte im britischen Wahlkampf



Am 16. April fand die zweite und letzte BBC Fernsehdebatte zum britischen Wahlkampf statt. Fünf Parteiführer trafen aufeinander: Ed Miliband (Labour), Nicola Sturgeon (SNP), Natalie Bennett (Grüne), Nigel Farage (UKIP) und Leanne Wood (Plaid Cymru). David Cameron und Nick Clegg weigerten sich an der Debatte teilzunehmen. Besonders lebhaft war die Diskussion zwischen Ed Miliband und Nicola Sturgeon, vor allem über die Frage einer möglichen Koalition zwischen SNP und Labour. Nach einer Umfrage von Survation für den Daily Mirror ging Ed Miliband für 35% der Briten als Sieger aus der Debatte hervor, gefolgt von Nicola Sturgeon mit 31% und Nigel Farage mit 27%. In Schottland, wo Labour gerade einen starken Popularitätseinbruch erleidet, stimmten der Umfrage zufolge 68% für die SNP und 17% für Labour... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine :

Treffen des französischen, deutschen, ukrainischen und russischen Außenministers



Der französische, deutsche, ukrainische und russische Außenminister haben sich im Rahmen des "Normandie" Formats am 13. April getroffen. Sie sprachen sich für eine stärkere Einbindung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bei der Umsetzung des Protokolls Minsk II aus. Der Waffenstillstand sieht einen Rückzug schwerer Waffen aus dem Konfliktgebiet vor. Die Minister wünschen sich, dass dieser

Prozess fortgesetzt wird und dass auch kleinkalibrige Waffen in den Vertrag miteinbezogen werden. Nach einigen Wochen relativer Ruhe wurden die Kämpfe im Donbass wieder mit schweren Waffen aufgenommen. Obwohl es "momentan Meinungsverschiedenheiten" gebe, waren sich alle Minister einig, dass eine Deeskalation des Konflikts anzustreben sei. Steinmeier erinnerte daran, dass die bisherige Umsetzung des Waffenstillstandes nicht ausreiche, um wirkliche Fortschritte zu erzielen und dass lokale Wahlen in den Autonomiegebieten abgehalten werden müssten. Auch der Zugang für humanitäre Hilfe müsse erleichtert werden...

[Fortsetzung](#)

Island :

Besuch des isländischen Präsidenten in Frankreich



Der französische Präsident François Hollande hat am 17. April den isländischen Präsidenten Ólafur Grímsson empfangen. Beide Staatshäupter wünschten sich, dass Frankreich und Island ihre Partnerschaft auf dem Gebiet der Wirtschaft (vor allem im Energiesektor), der Universitäten und Wissenschaft noch weiter ausbauen. Ein entsprechender Kooperationsvertrag zur Geothermie wurde unterzeichnet. Außerdem bekräftigte der isländische Präsident, dass er die Anstrengungen Frankreichs einen ehrgeizigen, umfassenden und verpflichtenden Vertrag auf der Klimakonferenz im Dezember 2015 erreichen zu wollen unterstütze. Zur Sprache kamen auch Fragen zur Arktis, vor allem wie man das sensible Ökosystem dort erhalten könne. Auf Einladung des isländischen Präsidenten wird Hollande nächsten Oktober nach Island reisen, um dort die internationale Konferenz des "Arctic Circle" zu eröffnen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Schweiz :

Der französische Präsident auf offiziellem Besuch in der Schweiz



Der französische Präsident ist am 15. und 16. April für einen offiziellen Staatsbesuch in die Schweiz gekommen. Er traf dort auf Simonetta Sommaruga, die Bundespräsidentin der Schweizer Konföderation. Hollande besuchte Unternehmen, Schulen und Repräsentanten der französischen Gemeinschaft in Bern, Zürich und Lausanne. Hinsichtlich der Spannungen zwischen beiden Ländern wegen Finanzangelegenheiten bemerkte die Schweizer Bundespräsidentin, dass "unsere Beziehungen manchmal in den letzten Jahren abgekühlt sind (...). Dieser Besuch öffnet aber ein neues Kapitel in unseren Beziehungen, das von Vertrauen und Herzlichkeit bestimmt wird"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europarat :

Europarat befürwortet Dezentralisierung der Ukraine



Der Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland und der ukrainische Vize-Premierminister Guennadi Zoubko haben am 17. April eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die vorsieht ein Netz von Regionalbüros in der Ukraine einzurichten, um konstitutionelle und legislative Reformen umzusetzen. Für jedes Büro sollen Experten durch den Europarat nominiert werden. Ihre Aufgabe wird es auch sein Informationskampagnen zur Unterstützung lokaler Wahlen zu führen. In Anbetracht der aktuellen Ereignisse in der Ukraine ist die Dezentralisierung der Macht heute ein essentielles Element um dauerhaft für Stabilität in dem Land zu sorgen... [Fortsetzung](#)

Europarat weist auf fehlende Fortschritte beim Kampf gegen Menschenhandel hin



Die Expertengruppe des Europarates für den Kampf gegen Menschenhandel (GRETA) hat am 16. April ihren vierten Bericht veröffentlicht, in dem sie 35 Länder dazu auffordert ihre Anstrengungen zum Schutz von minderjährigen Opfern zu intensivieren. In den Ländern müssen Maßnahmen getroffen werden, die Kinder besser schützen, Opfer besser unterstützen und entschädigen sowie die Effizienz der mit dem Menschenhandel verbundenen Ermittlungen, Verfolgungen und Verurteilungen steigern. Die Konvention des Europarates gegen Menschenhandel wurde seit 2005 von 42 Mitgliedstaaten unterzeichnet und ratifiziert... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

WTO :

WTO veröffentlicht jährliche Statistik zum Internationalen Handel

Der WTO-Generaldirektor Roberto Azevedo hat am 14. April die "Internationale Handelsstatistik der WTO für das Jahr 2014 und die



Wachstumsvorhersagen für den Welthandel in den Jahren 2015-2016" veröffentlicht. Er begrüßte die durch das Bali-Paket erreichten Fortschritte, drängte aber zu weiteren Verbesserungen auf dem Gebiet der Handelspolitik, um "Wachstum zu begünstigen" und "ein handelsförderndes Klima weltweit zu schaffen". Azevedo vermeldete auch einen leichten Anstieg des Warenhandelsvolumens von 2,8% 2014, dass in den kommenden Jahren weiter ansteigen dürfte, um 3,3% 2015 und 4% 2016... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurostat :

Überschuss von 20 Milliarden Euro im internationalen Warenverkehr



Eurostat hat am 15. April bekanntgegeben, dass der internationale Warenverkehr in der Eurozone im Februar 2014 erneut einen Überschuss von 20,3 Milliarden € eingefahren hatte. In der gesamte Europäischen Union waren es nur 3,4 Milliarden €. In der Eurozone erhöhten sich die Exporte um 4% auf 160,7 Milliarden € verglichen mit Februar 2014, während die Importe konstant bei 140,5 Milliarden € blieben. Der Handelsüberschuss stieg zwischen Februar 2014 und Februar 2015 von 14,4 auf 20,3 Milliarden €. Auch der Handel innerhalb der Eurozone nahm im gleichen Zeitraum leicht zu (+1%)... [Fortsetzung](#)

Anstieg der jährlichen Inflationsrate in der Eurozone und der EU im März 2015



Im März 2015 ist die jährliche Inflationsrate der Eurozone (-0,1%) um 0,2 Punkte angestiegen, verglichen mit Februar 2015 (-0,3%). Das gab Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, in einer Erklärung am 17. April bekannt. Die jährliche Inflationsrate in der gesamten Europäischen Union lag im März 2015 ebenso bei -0,1% und stieg damit um 0,2 Punkte verglichen mit Februar 2015 an (-0,3%). Griechenland (-1,9%), Zypern (-1,4%), Polen (-1,2%), Bulgarien (-1,1%) und Litauen (-1,1%) verzeichneten die schwächsten Inflationsquoten. Am höchsten fielen sie dagegen in Österreich (0,9%), Rumänien (0,8%) und Schweden (0,7%) aus... [Fortsetzung](#)

"Jung sein im heutigen Europa"



Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, hat am 16. April 2015 eine neue Studie mit dem Titel "Being young in Europe today" ("Jung sein im heutigen Europa") veröffentlicht. Die Publikation besteht aus sieben Kapiteln und behandelt die Themenfelder Demographie, Familie und Gesellschaft, Gesundheit, Ausbildung, Zugang zu und Teilnahme am Arbeitsmarkt, Lebensqualität und die digitale Welt. Sie gibt einen Überblick über alle von Eurostat erhobenen Daten zu Kindern (0-14 Jahren) und Jugendlichen (15-19 Jahren). Die Studie schließt unmittelbar an die in wenigen Tagen beginnende Europäische Jugendwoche 2015 an... [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Binnenmarkt: Umsetzungsdefizit bei Direktiven in Norwegen und Island



Island, Lichtenstein, Norwegen und Schweden - die Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) - setzen die gemeinsamen Regeln nicht schnell genug um, wie aus einem Bericht der EFTA-Überwachungsbehörde hervorgeht. So wurden in den letzten sechs Monaten 23 europäische Direktiven von Norwegen nicht umgesetzt, das nach Island die schwächste Umsetzungsquote besitzt. Island und Lichtenstein gelang es nicht 2,8% beziehungsweise 1,2% der Direktiven umzusetzen. Der Durchschnittswert für Mitgliedsländer der EU liegt bei 0,5%. Im Jahr 2014 brachte die Behörde insgesamt 14 Fälle wegen Nichtumsetzung von EWR-Recht vor Gericht... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichung des Quartalsberichts zur Beschäftigung und sozialen Situation 2014



Die europäische Kommission hat am 13. April ihren Quartalsbericht zur Beschäftigung und Sozialsituation für das Jahr 2014 veröffentlicht. Darin ist von wichtigen Fortschritten die Rede, vor allem in Sachen Wachstum der Mitgliedsländer, einem Anstieg der Einkünfte der Privathaushalte und bei der Beschäftigung (2,7 Millionen Arbeitsplätze sind in den letzten beiden Jahren entstanden). Die Arbeitslosenquote bleibt aber noch immer hoch und sehr unterschiedlich in Europa. (26% in Griechenland und 23,3% in Spanien, gegenüber 4,8% in Deutschland und 5,3% in Österreich). 1 Milliarde Euro

wurden in diesem Jahr von der Kommission eingesetzt, um gegen Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen. Die Mitgliedsländer müssen aber noch daran arbeiten, dass alle Jugendlichen unter 25 Jahren ein Arbeits-, Praktikums- oder Ausbildungsangebot vier Monate nach dem Ende ihrer Schulzeit (bzw. Studienzeit) oder der letzten Anstellung erhalten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Unternehmenschefs sprechen sich für einen Verbleib Großbritanniens in der EU



Eine neue Studie des European Business Award hat ergeben, dass sich 86% der Unternehmenschefs für einen Verbleib Großbritanniens in der EU aussprechen. Nur 11% sind für ein Ausscheiden. Eine große Mehrheit glaubt, dass ein Austritt unter allen Gesichtspunkten negative Auswirkungen für Großbritannien mit sich brächte, vor allem für die britische Wirtschaft, aber auch für die europäische. Die Untersuchung befragte 437 Unternehmensführer aus 32 europäischen Ländern (unter ihnen 124 Briten) und quer durch alle Beschäftigungsfelder... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

"A Leap into the Unknown"



Der Peter Lang Verlag veröffentlicht in seiner Reihe "Erinnerungen an die Entstehung Europas" ein Buch mit dem Titel "Europe, a Leap into the Unknown" (Europa, ein Sprung ins Unbekannte), das Victoria Martin de la Torre geschrieben hat und zu dem Javier Solana ein Vorwort beigesteuert hat. Die Autorin erzählt darin um das Jahrzehnt (1948-1957), das gemeinhin als Geburtszeitraum der Europäischen Gemeinschaft angesehen wird. Es geht darin über die "Gründungsväter Europas" - Jean Monnet, Robert Schuman, Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi und Paul-Henri Spaak - sowie die Ursprünge des europäischen Projekts. Sie sind der Schlüssel, um die damals getroffenen Entscheidungen zu verstehen, die noch immer das Leben von 500 Millionen Europäern beeinflussen... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Ausstellung "Die Epoche der thrakischen Könige" im Louvre Museum



Noch bis zum 20. Juli 2015 zeigt das Louvre Museum eine Ausstellung über die Epoche der thrakischen Könige, die zum ersten Mal überhaupt mehrerer Hauptgräber ausstellt. Die Ausstellung ermöglicht es in das antike Thrakien einzutauchen und die verschiedenen Bestandteile des Königreichs der Odrysen kennenzulernen. Die bekannteste Figur des antiken Thrakiens ist zweifelsohne Orpheus sowie die verschiedenen thrakischen Könige Rhesos und Tereus, die immer wieder im Kosmos der griechischen Mythologie auftauchen. Das bulgarische Kulturministerium und das französische Institut Bulgariens sind Partner der Ausstellung... [Fortsetzung](#)

500 Jahre Marignano



Noch bis zum 28. Juni 2015 feiert das Züricher Nationalmuseum den 500. Jahrestag der Schlacht bei Marignano und widmet dieser blutigen Auseinandersetzung eine große Ausstellung. Unter dem Titel "1515 Marignano" beschäftigt sie sich mit den Ursachen und Konsequenzen der italienischen Kriege, und zeichnet die Ereignisse chronologisch nach, die zur Schlacht am 13. und 14. September 1515 führten, wo Franz I. und seine venezianischen Verbündeten auf schweizerische Söldner trafen, die den Herzog von Mailand verteidigten. Mithilfe der ausgestellten Objekte, Gemälde und erklärenden Bericht lässt sich der Kontext dieser Epoche verstehen... [Fortsetzung](#)

Kunstmesse in Brüssel

ART BRUSSELS

Die 33. Ausgabe der Messe für zeitgenössische Kunst findet vom 25. bis zum 27. April in Brüssel statt. Mehr als 30000 Besucher, Sammler und Kunstliebhaber werden erwartet. Sie treffen dort auf Galeristen aus der ganzen Welt. Mehr als 2000 Künstler aus verschiedenen Disziplinen (Bildhauerei, Malerei, Musik, Foto...) werden ihre Werke ausstellen... [Fortsetzung](#)

Ausstellung "Siena, treibende Kraft der Renaissance"

Noch bis zum 17. August zeigt das Museum Beaux-Arts von Rouen eine Retrospektive mit dem Titel "Siena, treibende Kraft der Renaissance". Die Ausstellung zeigt die Eigenheiten der Kunst in Siena anhand



verschiedener Werke, die zwischen dem Ende des 13. und dem Ende des 15. Jahrhunderts entstanden. Chronologisch und thematisch wird untersucht, wie die größten Maler der damaligen Zeit - etwa Simone Martini oder die Lorenzetti Brüder - unter dem Einfluss von Duccio die Malerei revolutioniert haben, so wie es auch ihr berühmter Zeitgenosse Giotto in Florenz tat... [Fortsetzung](#)

Offizielle Auswahl für das Festival von Cannes 2015



Vom 13. bis zum 24. Mai 2015 wird die 68. Ausgabe der Filmfestspiele von Cannes stattfinden. Die offizielle Auswahl, die Jurys und alle Events für dieses Jahr wurden am 16. April bekanntgegeben. Die Präsidenten der Jury werden die Brüder Joel und Ethan Coen sein. Das Festival von Cannes freut sich in diesem Jahr, in dem auch die Erfindung des Kinematographen durch die Lumière-Gesellschaft vor 120 gefeiert wird, das Werk aller "Brüder des Kinos" zu begrüßen, die seit Louis und Auguste Lumière dessen Geschichte bereichert haben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Die Kommission gibt die 12 Preisträger des europäischen Literaturpreises bekannt



Die Kommission hat am 14. April die 12 Preisträger des europäischen Literaturpreises für das Jahr 2015 auf der London Book Fair bekannt gegeben. Unter den Preisträger befindet sich auch die Französin Gaëlle Josse, die für ihren 2014 erschienenen Roman "Le dernier gardien d'Ellis Island" ausgezeichnet wurde. Die Preisverleihung des europäischen Literaturpreises wird am 23. Juni in Brüssel stattfinden. Alle Gewinner können ihren Roman in mehrere Europäische Sprachen übersetzen lassen. Bereits 56 Bücher in 20 verschiedenen Sprachen wurden mit dem Preis ausgezeichnet. 203 Übersetzungen wurden bisher von der Europäischen Union ermöglicht... [Fortsetzung](#)

Agenda :



20. April
Luxemburg
Rat "Auswärtige Angelegenheiten"
Luxemburg
Rat "Landwirtschaft und Fischerei"



21 April
Luxemburg
Rat für "Allgemeine Angelegenheiten"



23. April
Brüssel
Europäischer Gipfel



24. April
Brüssel
Treffen der Eurogruppe



27. April
Kiew
EU-Ukraine Gipfel



27. bis 30. April
Straßburg
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Marion Attia, Leslie Biaggi, Romain Denninger,
Flora Dumont, Noémie Rossi, Francesca Tortorella, Matthias Touillon

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}